



Wer zieht neu in die St.Galler Pfalz ein?

Am 28. Februar 2016 wird im Kanton St.Gallen Parlament und Regierung gewählt. Bei den Regierungswahlen spricht sich die IHK St.Gallen-Appenzell für die sechs bürgerlichen Kandidaten aus: Die drei Bisherigen Martin Klöti (FDP), Stefan Kölliker (SVP) und Benedikt Würth (CVP) sowie die drei Neukandidierenden Bruno Damann (CVP), Herbert Huser (SVP) und Marc Mächler (FDP) werden empfohlen. Der vorliegende IHK-Standpunkt stellt die drei neuen Bewerber vor.

Mehr als die Hälfte der bisherigen Kantonsparlamentarier verdanken ihr Einkommen direkt oder indirekt dem Steuerzahler. Dies muss sich ändern. Die IHK St.Gallen-Appenzell empfiehlt, bei den Kantonsratswahlen konsequent Vertreterinnen und Vertreter der Privatwirtschaft zu wählen.

REGIERUNGSRAT

IHK empfiehlt sechs Bürgerliche

Am 28. Februar 2016 finden im Kanton St.Gallen die Gesamterneuerungswahlen für Parlament und Regierung statt. Der Vorstand der Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell empfiehlt die sechs bürgerlichen Kandidaten zur Wahl in die Regierung. Unterstützung finden damit nebst den drei Bisherigen Martin Klöti (FDP), Stefan Kölliker (SVP) und Benedikt Würth (CVP) auch die drei neu kandidierenden Bewerber der bürgerlichen Parteien: Bruno Damann (CVP), Herbert Huser (SVP) und Marc Mächler (FDP) sollen neu in die St.Galler Regierung einziehen.

Zusammensetzung gemäss Konkordanzprinzip

Damit werden von der IHK je zwei Kandidaten von CVP, SVP und FDP zur Wahl empfohlen. Der IHK-Vorstand begründet seine Wahlempfehlung nicht zuletzt mit Blick auf das Konkordanzsystem. So wie beim Bundesrat macht es auch auf kantonaler Ebene Sinn, dass die drei grössten Parteien je zwei Regierungsmitglieder stellen können, während der viertstärksten Kraft ein Exekutivmitglied zusteht. Basis der Beurteilung sind die letzten Kantonsratswahlen, bei denen die SVP vor CVP und FDP wieder die grösste Partei wurde. Die SP landete wie schon bei den Wahlen zuvor auf dem vierten Platz. Auch bei den Nationalratswahlen vom vergangenen Oktober resultierte dieselbe Reihenfolge.

Wirtschaftlicher Sachverstand gefragt

Aus Sicht der IHK ist es zudem wichtig, dass vermehrt Erfahrungen aus der Privatwirtschaft in die Regierung einfliesen. Schliesslich war die grosse Mehrheit der aktuellen St.Galler Regierung bereits vor ihrem Amtsantritt im Staatswesen tätig. Deshalb ist es erfreulich, dass alle drei neukandidierenden Bürgerlichen aus der Privatwirtschaft stammen: Marc Mächler ist Direktionsmitglied der UBS, Herbert Huser selbständiger Architekt und Bruno Damann führt als Hausarzt eine Gemeinschaftspraxis.

Die IHK St.Gallen-Appenzell organisierte einen Dinner Talk mit den neuen Regierungskandidaten Bruno Damann, Herbert Huser und Marc Mächler. Ein Videobeitrag zum Anlass ist auf IHK-TV abrufbar.

KANTONSRAT

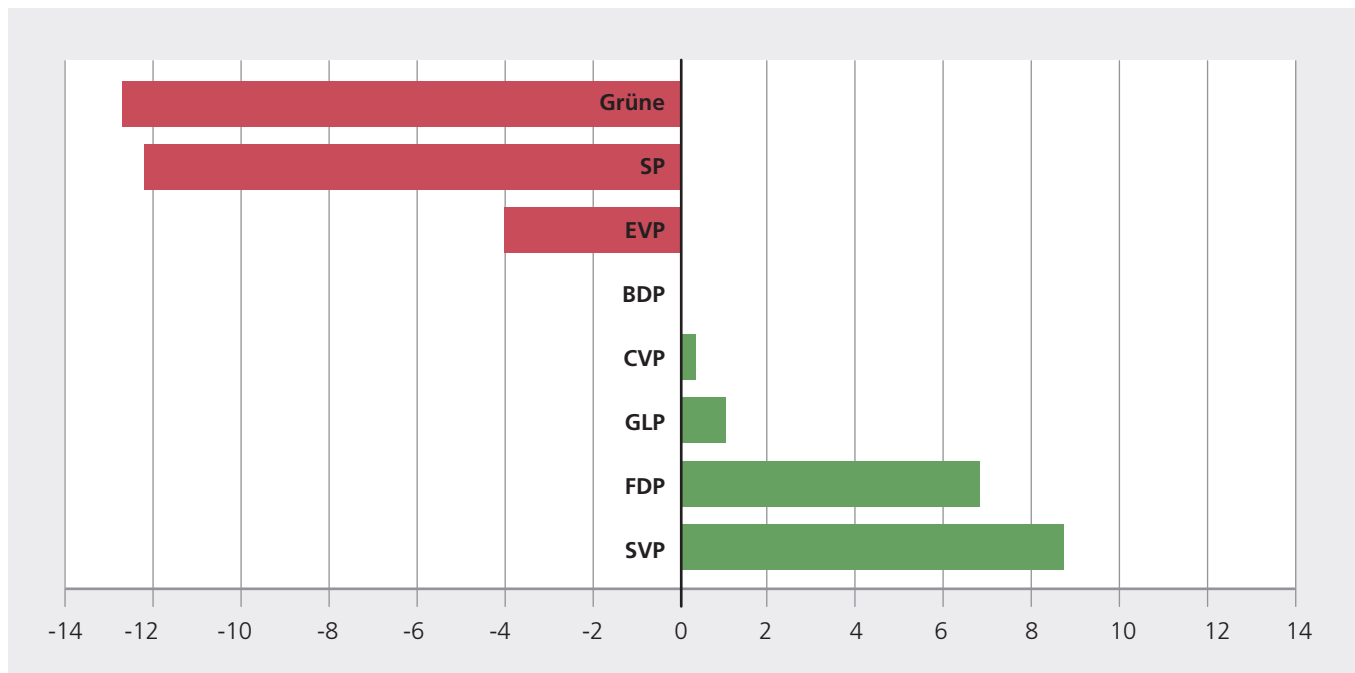
Aktualisiertes IHK-Politrating

Zur Halbzeit der Kantonsratslegislatur 2012 – 2016 führte die IHK St.Gallen-Appenzell ein Politrating ein, mit dem aufgezeigt wird, wie wirtschaftsfreundlich die Mitglieder des St.Galler Kantonsrates im Parlament abstimmen (siehe IHKfacts 3/2014). Vor der Gesamterneuerungswahl wurde das IHK-Politrating ergänzt und aufdatiert. Das Politrating der IHK soll den Stimmberechtigten eine Hilfestellung zur Beurteilung der Parteien geben. Denn mit schönen Worten und leeren Versprechungen ist es nicht getan – es müssen Taten im Parlament folgen.

Das Rating basiert auf der Auswertung ausgewählter Abstimmungsvorlagen im Parlament. Untersucht wurden dabei Vorlagen, die für die Wirtschaft von besonderer Relevanz waren oder anhand derer ersichtlich wird, ob sich ein Kantonsratsmitglied im Sinne der IHK für eine offene, freiheitliche Marktwirtschaft einsetzt. Erreicht werden konnten zwischen +14 Punkten (ausgesprochen wirtschaftsfreundlich im Sinne der IHK) und –14 Punkten (ausgesprochen wirtschaftsfeindlich).

Dank der etwas breiteren Stichprobe von 14 Abstimmungsvorlagen ergibt sich nun ein ausgewogeneres Bild als noch vor eineinhalb Jahren. Auch wenn sich die Tendenzen der Zwischenergebnisse grundsätzlich bestätigen, zeigen sich

Wirtschaftsfreundlichkeit der Parteien im Kantonsrat (Skala von -14 bis +14)



doch leichte Verschiebungen. Am augenfälligsten ist die Veränderung bei der CVP: Erhielt sie beim Zwischenresultat noch eine negative Beurteilung, hat sich dieser Wert ins leicht Positive gedreht.

SVP bleibt wirtschaftsfreundlichste Partei, FDP holt auf

Wirtschaftsfreundlichste Partei ist mit 8,7 Punkten nach wie vor die SVP, auch wenn die FDP (6,8 Punkte) ihren Rückstand etwas verringern konnte. Bereits deutlich abgeschlagen landet die GLP mit einem Punkt auf dem dritten Platz. Sie hat etwas an Boden eingebüsst – dies ist primär ihrer Haltung bei der Raumplanung geschuldet. Ebenfalls noch eher wirtschaftsfreundlich ist die CVP. Die BDP wiederum verteidigt ihre bereits beim Zwischenresultat erreichte völlig ausgeglichene Bewertung. Die Tatsache, dass die beiden BDP-Vertreter den Lehrerberuf ausüben, zeigt sich in einem staatsfreundlichen Abstimmungsverhalten, beispielsweise als es um die Lohnerhöhung des Staatspersonals ging. Wirtschaftsfeindlich politisierten Grüne

und SP, aber auch die EVP. Einzig bei der Frage nach der Wiedereinführung der Gastroprüfung folgten einige Linke dem liberalen Weg.

Privatwirtschaft bevorzugt

Schon bei den Nationalratswahlen im vergangenen Jahr verzichtete die IHK St.Gallen-Appenzell darauf, einzelne Kandidierenden direkt zur Wahl zu empfehlen. Hingegen wurde betont, wie wichtig es ist, dass die Interessen in der Politik auch von Persönlichkeiten wahrgenommen werden, die nicht den Staat oder staatsnahe Branchen vertreten. Diese Haltung gilt für die kantonalen Parlamentswahlen genauso.

Im IHKfacts 3/2015 publizierte die IHK den Artikel «Am Futtertrog des Staates», der aufzeigte, wieviele Volksvertreter in den Ostschweizer Kantonsparlamenten ihr Einkommen direkt oder indirekt dem Steuerzahler verdanken. Im Kanton St.Gallen hat die Zahl der Parlamentsmitglieder, die ihr Auskommen vollumfänglich in der Privatwirtschaft verdient,

mittlerweile ein bedenklich tiefes Niveau erreicht. Mehr als die Hälfte der Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind beim Staat, bei einem Unternehmen im Staatseigentum oder einem staatsnahen Betrieb beschäftigt. Eines ist klar: Wer seine Existenz vom Staat abhängig machen muss, wird im Zweifelsfall eher für noch mehr Staat stimmen. Zudem ist es wichtig, dass im Kantonsrat auch Politiker verkehren, die selbst den Realitäten der Privatwirtschaft ausgesetzt sind. Nur so besteht eine Chance, die stetige Steigerung der Staatsausgaben zu bremsen.

Deshalb legt die IHK St.Gallen-Appenzell den Wählerinnen und Wählern ans Herz, sich bei der Stimmabgabe zu überlegen, welche Kandidierenden sich für die private Wirtschaft einsetzen und welche eher für eine weitere Ausbreitung der Staatsausgaben votieren oder sich dieser zumindest nicht widersetzen. Unterstützen Sie Kandidierende aus der privaten Wirtschaft, damit diese innerhalb ihrer Liste ein möglichst gutes Ergebnis erzielen.

Vorstellung der neuen Regierungskandidaten

IHK-Politrating:

Basis sind ausgewählte wirtschaftsrelevante Abstimmungen im Kantonsrat während der letzten vier Jahre. Je grüner der Balken ausfällt, desto stärker hat sein Stimmverhalten mit demjenigen der IHK übereingestimmt.

Der Staat wächst und wächst. Wie wollen Sie sich als Regierungsrat dafür einsetzen, dass das ungebremste Staatswachstum begrenzt wird?

Was kann der Kanton tun, um die Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft zu sichern und zu ermöglichen, dass neue geschaffen werden?



BRUNO DAMANN (CVP)

Hausarzt und Stadtrat Gossau,
59 Jahre, verheiratet, 5 Kinder,
wohnhaft in Gossau
Militärischer Grad: Oblt

Politische Funktion/en

seit 2012 Kantonsrat

seit 2013 Stadtrat Gossau

www.bruno-damann.ch

Es ist immer wieder wichtig, dass die neuen Aufgaben hinterfragt werden, ob sie nötig sind oder nicht. Auch müssen die finanziellen Folgen stets geprüft werden. Die bisherigen Aufgaben sollten von Zeit zu Zeit überprüft werden. Man muss auch einmal den Mut haben, die Aufgaben gut aber nicht bis ins letzte Detail perfekt zu machen. Als Stadtrat von Gossau habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass wir zu einem grossen Perfektionismus tendieren.

Die äusseren Bedingungen müssen gut sein. Der Staat sollte nur so viele Interventionen machen, wie nötig sind. Die Infrastruktur, politische Stabilität und ein stabiler Schweizer Franken werden auch in Zukunft unsere Trümpfe sein. Die Bildung dürfen wir nicht vernachlässigen, damit wir im Ausland konkurrenzfähig bleiben. Dazu gehört auch der Arbeitsfrieden. Sicher sind auch die Verträge mit Drittstaaten auf Bundesebene sehr wichtig.



HERBERT HUSER (SVP)

Architekt / Unternehmer,
58 Jahre, verheiratet,
4 erwachsene Kinder,
wohnhaft in Altstätten
Militärischer Grad: Sdt

Politische Funktion/en

seit 2008 Kantonsrat
seit 2012 Präsident SVP Kanton St.Gallen
Vizepräsident der Staatswirtschaftlichen Kommission

www.koelliker-huser.ch



MARC MÄCHLER (FDP)

lic.oec.HSG / Stellvertretender
Direktor UBS, 45 Jahre,
verheiratet, 3 Kinder, wohnhaft
in Zuzwil
Militärischer Grad: Oblt

Politische Funktion/en

seit 2000 Kantonsrat
seit 2005 Präsident FDP Kanton St.Gallen
seit 2008 Mitglied politischer Beirat FCSG
seit 2015 Mitglied VR Gebäudeversicherung St.Gallen (GVA)

www.marcmaechler.ch

In den letzten sieben Jahren sind im öffentlichen Bereich in der Ostschweiz 5'000 neue Stellen geschaffen worden. Dieselbe Zahl ging in der gleichen Zeit in unserer Industrie verloren. Diese Entwicklung muss unbedingt gestoppt werden. Dazu sind alle «Staatsaufgaben» auf ihre Unverzichtbarkeit hin zu überprüfen mit dem Ziel, sie auf das nötige Minimum zu reduzieren. Jede Aufgabe, die ebenso gut oder gar besser von der Privatwirtschaft übernommen werden kann, ist an diese zu übertragen.

Als Ergebnis der konsequenten Umsetzung dieser Strategie sehe ich eine schlanke, effiziente Verwaltung mit motivierten Mitarbeitenden, die sich als Dienstleisterin für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Kanton versteht.

Der Kanton St.Gallen mit seinen rund 22'000 Beschäftigten ist nicht nur der grösste Arbeitgeber, sondern auch der grösste Investor im Kanton. Zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft ist es zwingend nötig, dass er die Wertschöpfung im Kanton hält und Aufträge an ansässige Firmen vergibt. Denn sie sichern Arbeitsplätze und zahlen hier Steuern. Dabei hat er die Möglichkeiten des öffentlichen Vergaberechts voll auszuschöpfen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft fördern kann der Kanton durch die konsequente Auslagerung von Aufgaben, die heute bei der öffentlichen Hand liegen. Möglichkeiten dazu gibt es in verschiedenen Bereichen, so unter anderem beim Strassenunterhalt, bei der IT, den Spitalapotheken, den Transportdiensten usw.

Der Kanton sollte über einen Konjunkturzyklus gesehen nicht stärker als die Wirtschaft wachsen. Dazu bedarf es einer klaren Priorisierung von staatlichen Aufgaben durch die Regierung und es braucht den Mut, gewisse Ausgabenbereiche zu kürzen. Leider ist bis anhin eine solche Priorisierung zu wenig energisch umgesetzt worden. Sie wäre eine wichtige Voraussetzung, um das Wachstum beim Staat in den kommenden Jahren in den Griff zu bekommen.

Im Weiteren wird es in Zukunft auch notwendig sein, dass auf gewisse staatliche Aufgaben ganz verzichtet wird oder diese an Dritte delegiert werden (zum Beispiel beim Strassenunterhalt). Es gilt «alte Zöpfe» endgültig auszumustern!

Der administrativen wie auch der steuerlichen Belastung der Unternehmen muss zwingend Einhalt geboten werden. So muss die Unternehmersteuerreform III derart umgesetzt werden, dass die steuerliche Belastung für alle Unternehmen im Kanton St.Gallen nicht zunimmt.

Um den anstehenden Herausforderungen im Berufsleben gerecht zu werden, muss der Kanton ein breites und zeitgemässes Bildungsangebot anbieten. Hierbei ist der IT Ausbildung wegen der zunehmenden Digitalisierung eine höhere Beachtung zu schenken.

Neue Arbeitsplätze sollen zudem indirekt geschaffen werden, indem der Kanton den Wissenstransfer von den Hochschulen zur Wirtschaft fördert. Deshalb ist es auch notwendig, dass die Ostschweiz einen Standort des nationalen Innovationsparks erhält.

Die St.Galler Wirtschaft ist stark exportorientiert und hängt sehr von den europäischen Absatzmärkten ab. Wie gewichten Sie die Sicherung der bilateralen Verträge im Vergleich zur strikten Umsetzung der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative?

BRUNO DAMANN (CVP)

Für mich müssen die bilateralen Verträge erhalten bleiben. Als Grenzkanton sind wir auf eine gute Zusammenarbeit mit der EU angewiesen. Als Gegner der Masseneinwanderungsinitiative hoffe ich, dass der Bundesrat hier eine verträgliche Lösung für unseren Kanton und unsere Wirtschaft finden wird.

Der Kanton St.Gallen sieht (einmal mehr) finanziell schwierigen Zeiten entgegen. Es ist deshalb unausweichlich, dass der Kanton langfristig Wichtiges von Wünschbarem unterscheidet. Wo würden Sie als Regierungsrat Prioritäten setzen?

Ich bin überzeugt, dass die Regierung jetzt schon das Wünschbare und Nötige im Auge hat. Jeden Wunsch kann und muss man nicht erfüllen. Für mich haben hohe Prioritäten: Bildung, Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit.

Die IHK St.Gallen-Appenzell hat beim letzten Konjunkturforum Zukunft Ostschweiz eine IT-Bildungsoffensive gefordert. Zur Anschubfinanzierung neuer MINT-Ausbildungen soll das besondere Eigenkapital des Kantons herangezogen werden. Befürworten Sie diesen Vorschlag zur Anschubfinanzierung – ja oder nein? Weshalb?

Diese Offensive begrüsse ich. Schade, dass man vor Jahren nicht den Vorschlag der CVP gefolgt ist. Damals wollte man schon einen Innovationsfonds gründen. IT wird in Zukunft eine bedeutende Rolle erhalten. Ich begrüsse die Anschubfinanzierung. Bei neuen, innovativen Betätigungsfeldern braucht es am Anfang finanzielle Hilfen, um aus den Startlöchern zu kommen. Ohne IT wird in Zukunft wenig bis gar nichts mehr laufen.

HERBERT HUSER (SVP)

Aufgrund der heute starken Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Interessen, über alle Landes- und Sprachgrenzen hinweg, mache ich mir um den Fortbestand der bilateralen Verträge keine Sorgen. Es besteht von keiner Seite ein Interesse, diese zu gefährden.

Für mich ist indes klar, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wirtschaftsverträglich zu erfolgen hat. Wie bisher muss unsere heimische Wirtschaft Ihren Bedarf an Fachpersonal auch weiterhin einfach und unbürokratisch decken können, und zwar im In- wie im Ausland. Hier darf es, im Gegensatz zu den anderen Bereichen der Migration, keine Einschränkungen geben.

Die finanzielle Situation unseres Kantons ist in der Tat sehr angespannt. Ein grosser Teil des einst stolzen Eigenkapitals von 1,5 Milliarden Franken ist bereits aufgebraucht. Durch die anstehende Unternehmenssteuerreform III wird sich die Situation für den Kanton zudem weiter verschärfen. Es ist darum unverzichtbar, die Ausgaben des Kantons auf seine Kernaufgaben (Gesundheitsversorgung, Bildung, Sicherheit etc.) zu konzentrieren.

Die Ausgaben für den Bau und Unterhalt kantonaler Bauten ist zu priorisieren und die Vergabe von Kantonsaufträgen hat zu normalen Marktpreisen zu erfolgen. Keine Option sind weitere Steuerbelastungen, denn diese würden – zusätzlich zur Frankenstärke – die Marktchancen vieler Unternehmen weiter verschlechtern. Dies darf nicht geschehen.

Den Ausbau der IT-Ausbildung an St.Galler Schulen und der HSG unterstütze ich aus Überzeugung. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Entwicklungen in Industrie und Gewerbe ist die Verfügbarkeit von modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien. Es muss darum ein zentrales Anliegen der St.Galler Wirtschaft sein, entsprechende Ausbildungen in der eigenen Region anbieten zu können. Der Vorschlag der IHK geht genau in diese Richtung und ist darum zu unterstützen.

Ebenso begrüsse ich den Vorschlag, den Ausbau der Informatikausbildung über das besondere Eigenkapital des Kantons mitzufinanzieren. Es macht Sinn, einen Teil des aktuellen Kapitals von rund 315 Millionen Franken für die IT-Ausbildung einzusetzen. Diese Investition stärkt den Wirtschaftsstandort St.Gallen und damit die Zukunft unseres Kantons.

MARC MÄCHLER (FDP)

Da rund 65% aller Exporte des Kantons St.Gallen in den EU-Raum gehen, ist ein möglichst freier Marktzugang in die EU von grösster Bedeutung für unsere Wirtschaft. Insbesondere die Bilateralen I gewähren heute diesen Marktzugang; speziell wegen dem Abkommen über die technischen Handelshemmnisse.

Da für mich ein EU-Beitritt nicht zur Diskussion steht, müssen im Interesse der st.gallischen Arbeitsplätze die Bilateralen Abkommen mit der EU gesichert werden. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist aus meiner Sicht die Einführung einer Schutzklausel ein möglicher Weg. Dabei darf aber das eigentlich Ziel der Initiative, die Eindämmung einer starken Zuwanderung, nicht unterlaufen werden.

Es ist zutreffend, dass die Gesundung der Kantonsfinanzen sehr fragil ist. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren weiterhin unterdurchschnittlich verlaufen, so sind weitere Sparbemühungen beim Kanton unausweichlich.

Aus meiner Sicht sollte in denjenigen Bereichen das Ausgabenwachstum gesenkt werden, welche in den letzten Jahren sehr stark gewachsen sind. Dies sind u.a. die Gesundheitskosten, die Sozialausgaben und der öffentliche Verkehr. Auch in gewissen Bereichen der Verwaltung müssen durch effizientere Prozesse Einsparungen möglich sein. Auch bei den baulichen Investitionen kann noch stärker priorisiert werden.

Die IT Bildungsoffensive der IHK erachte ich als sehr begrüssenswert, da die Digitalisierung in den meisten Berufen in den nächsten Jahren nochmals stark an Bedeutung gewinnen wird.

Ob ein Teil dieser notwendigen Investitionen davon über das besondere Eigenkapital des Kantons finanziert werden kann, welches heute ausschliesslich für Steuerreduktionen und Strukturreformen bei Gemeinden (z.B. Fusionen) verwendet werden darf, ist zu prüfen. Dazu bedarf es eines parlamentarischen Vorstosses, welcher zuerst noch ausgearbeitet werden muss.

Es ist auch denkbar, dass diese Investitionen über den ordentlichen Finanzhaushalt – zum Beispiel über einen mehrjährigen Sonderkredit – finanziert werden.

Regierungswahl Kanton St.Gallen: Wahlempfehlung der IHK St.Gallen-Appenzell

bisher

MARTIN KLÖTI (FDP)



www.martin-kloeti.ch

STEFAN KÖLLIKER (SVP)



www.koelliker-huser.ch

BENEDIKT WÜRTH (CVP)



www.beniwuerth.ch

neu

MARC MÄCHLER (FDP)



www.marcmaechler.ch

HERBERT HUSER (SVP)



www.koelliker-huser.ch

BRUNO DAMANN (CVP)



www.bruno-damann.ch



IHK

Industrie- und
Handelskammer
St.Gallen
Appenzell

**550
Jahre**

Gallusstrasse 16
Postfach
9001 St.Gallen
T 071 224 10 10
F 071 224 10 60
info@ihk.ch
www.ihk.ch



Robert Stadler

Stv. Direktor
Leiter Kommunikation
IHK St.Gallen-Appenzell

Mitarbeit
(Auswertung Politrating):
Simon Scherrer